



Am Mittwoch protestierten landesweit Studierende, Doktorierende und auch Dozenten gegen die Sparpläne des Bundes. Am Mittag versammelten sich Protestierende auch an der Uni Basel – am Abend gingen sie an die grosse nationale Demo in Bern. Foto: Nicole Pont

# Überfüllte Hörsäle und weniger Zeit für Forschung: Der Kampf um die Bildung

**Landesweite Demonstrationen** Die Schweiz will jährlich 460 Millionen Franken im Bildungsbereich einsparen. Maria Tranter und Tomas Sousa von der Universität Basel warnen eindringlich vor einem Brain Drain.

## Andrea Schuhmacher

Doppelte Studiengebühren für Schweizer, vierfache Studiengebühren für ausländische Studierende und weniger finanzielle Mittel für Forschungsprojekte: Diese Auswirkungen hat das Entlastungspaket 2027 des Bundesrats für Schweizer Hochschulen. 460 Millionen Franken pro Jahr sollen im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Bereich) eingespart werden. Am Mittwoch protestierten landesweit nicht nur Studierende gegen die Sparpläne des Bundesrats, sondern auch Doktoranden und Post-Doktoranden. Sie befürchten markante Qualitätseinbussen in der Hochschulausbildung und Spitzenforschung.

«In den letzten Jahren hat der Aufwand für den Unterricht stark zugenommen: Kurse, die normalerweise von rund 15 Studierenden besucht wurden, zählen nun 30 Studierende», sagt Maria Tranter, Post-Doktorandin im Departement Geschichte an der Universität Basel. «Das bedeutet für mich die doppelte Arbeitsbelastung.»

Sie ist zu 60 Prozent an der Universität Basel angestellt. Das heisst im Prinzip, dass sie zu 20 Prozent unterrichten und administrative Aufgaben übernehmen und zu 40 Prozent forschen sollte. «Akademische Karrieren basieren auf Forschung.» Je mehr Zeit Tranter aber für den Un-

terricht investieren muss, desto weniger Zeit hat sie für die Forschung, für Bewerbungen für Fördermittel. Sie arbeitet heute tatsächlich deutlich mehr als die 60 Prozent, zu denen sie angestellt ist.

## Bereits jetzt werden weniger Fördergelder gesprochen

Mit dem Sparpaket würde sich dieses Problem verstärken. Denn Universitäten werden an der Anzahl Studierenden gemessen. «Das heisst, dass die Studierendenzahl zwar wachsen wird, aber immer weniger Dozierende und Assistenten diese werden betreuen können», sagt Tranter weiter.

Das Entlastungspaket sieht auch vor, Bundesbeiträge an den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) und die Agentur für Innovationsförderung Innosuisse um je zehn Prozent zu kürzen. Zwischen 2026 und 2028 müsste der SNF Einsparungen von mindestens 400 Millionen Franken vornehmen. BFI-Institutionen befürchten, dass das SNF damit gezwungen wird, die Finanzierung von 700 Forschungsprojekten abzuweisen, obwohl diese alle Kriterien für wissenschaftliche Exzellenz erfüllen.

Das spürt Tranter bereits heute. Allein die Ankündigung, dass ab 2026 gespart werden muss, hat dazu geführt, dass weniger Fördergelder gesprochen werden. «Ein Mangel an Forschungsstellen bedeutet zugleich weni-

ger interessante und relevante Forschung.» Die Projekte, die durchgeführt werden könnten, würden entweder von Dritten finanziert werden, «die ein Interesse an den Ergebnissen haben», oder es würde auf «sehr, sehr klar umschriebene Forschung» hinauslaufen, «bei der man im Grunde genommen das Ergebnis bereits kennt».

Sowohl Maria Tranter wie auch Tomas Sousa, Doktorand am Departement Physik, beklagen sich nicht über ihren Lohn. Es reiche zum Leben. Dennoch warnt Sousa eindringlich vor den Folgen von Sparplänen im Bildungssektor.

## Massenkündigungen und Brain Drain befürchtet

«Einer der Gründe, warum ich heute zu Ihnen spreche, ist, dass ich in meinem Land keine Zukunft hatte», sagt der gebürtige Portugiese, der 2023 in die Schweiz kam. Aufgrund des Sparprogramms Troika musste Portugal Kürzungen in der Forschung hinnehmen. Mit der Folge, dass viele Studierende ins Ausland zogen.

Er plädiert nicht nur gegen Sparpläne in der Schweiz – Sousa sieht gegenwärtig auch den perfekten Zeitpunkt für eine Investition in die Forschung. Zum Treffen mit dieser Redaktion vor dem Kollegienhaus der Universität Basel taucht er mit einem Stapel Artikel mit News zu Spar-

programmen an Hochschulen in Dänemark, Deutschland, Grossbritannien, Schweden, Finnland und Irland auf. «Die Folgen waren Massenkündigungen und sogenanntes Brain Drain», so Sousa. Er befürchtet, dass weniger Spitzenforschende, Gastwissenschaftlerinnen und internationale Studierende in die Schweiz kommen – und das Land so an Ansehen verliere.

Die Schweiz sei in Sachen Forschung eines der wettbewerbsfähigsten Länder der Welt. Das zeige sich auch an der Anzahl Bewerbungen für Forschungsstellen: «Jedes Mal, wenn wir eine Stelle im Fachbereich Physik ausschreiben, bewerben sich Menschen aus aller Welt.»

Deshalb sei es auch ein grosses Problem, dass das Sparprogramm des Bundes die Studiengebühren für internationale Studierende erhöhen wolle. Tomas Sousa: «Dabei profitiert die Schweiz enorm davon: Der Forschungsstand hier ist nur so stark, weil jeder mitmachen und einen Beitrag leisten kann.»

«Ich lade jeden ein, sich an die Fakultät für Physik oder Chemie zu wenden und in einem der Büros zu zählen, wie viele Schweizer dort sind: Es sind sehr wenige», schildert Sousa weiter.

«Wir befinden uns in einer Zeit, in der wir Informationen über die Folgen von Kürzungen in der Bildung und Forschung aus vielen anderen Ländern ha-

ben und wir daher wissen, welche Folgen das haben kann.» Er plädiert aufgrund der langfristigen Konsequenzen für eine sehr sorgfältige Entscheidung.

## Uni Basel will Gebühren nicht erhöhen

Der nationale Dachverband der Schweizer Studierendenschaften, der gemäss eigenen Angaben die Interessen von über 140'000 Studierenden vertritt, fordert den Bund dazu auf, auf die Sparpläne zu verzichten. Dazu reichte er am Mittwochabend in Bern auf dem Bundesplatz eine Petition ein. Ob diese von Bundesrätin Karin Keller-Sutter persönlich entgegengenommen wurde, war bis Redaktionsschluss noch offen.

Sollte das Parlament allerdings die Einsparungen im BFI-Bereich gutheissen, so ist derzeit nicht klar, was das für Studierende an der Uni Basel bedeuten würde. Wie die bz basel berichtete und Uni-Sprecher Matthias Geering auf Anfrage dieser Redaktion bestätigt, wolle man in Basel auf eine Erhöhung der Studiengebühren verzichten. «Das ist bei uns derzeit kein Thema», so Geering.

Nach dem Entscheid des Parlaments müsse man sich grundsätzliche Fragen stellen, was die Finanzierung der Uni angehe. Aber die Studiengebühren seien nicht der Ort, wo man zuerst hinschaue.